

**Anton Riedl**

# **Liberales Publizistik für Soziale Marktwirtschaft**

Die Unterstützung der Wirtschaftspolitik

Ludwig Erhards in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
und in der Neuen Zürcher Zeitung

1948/49 bis 1957

*Theorie und Forschung Bd. 187*

*Zeitgeschichte, Bd. 3*

**S. Roderer Verlag, Regensburg 1992**

## Inhaltsverzeichnis

### Einleitung

- |  |    |
|--|----|
| 1. Neue Wirtschaftspolitik durch Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft            | 1  |
| 2. Fehlendes öffentliches Bewußtsein für Soziale Marktwirtschaft                         | 9  |
| 3. Die Bedeutung der <i>Neuen Zürcher Zeitung</i> und der <i>Frankfurter Allgemeinen</i> | 13 |
| 4. Wirtschaftspublizistik zwischen Fachjournalismus und Breitenwirkung                   | 19 |

Fragestellung und Abgrenzung	24
------------------------------	----

Quellen	26
---------	----

### Erster Teil: Die programmatische Ergänzung von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspublizistik 30

#### A) ÖFFENTLICHKEIT ALS KONSTITUTIVER BESTANDTEIL DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT 30

I. Orientierung durch Werbung	30
-------------------------------	----

II. Werbung für Soziale Marktwirtschaft	32
---	----

III. Medien als Mittel und Partner der Öffentlichkeitsarbeit	34
--	----

1. Das Ideal sachlicher Berichterstattung und kontroverser Diskussion	34
---	----

2. Enge Zusammenarbeit mit marktwirtschaftlich orientierten Journalisten	36
--	----

3. Öffentlichkeitswirkung in vertrauten Gesprächen	38
--	----

IV. Pressearbeit für Soziale Marktwirtschaft	40
--	----

1. Aufbau einer auf Erhard zentrierten Pressestelle	40
---	----

2. Bewußte Auswahl von Journalisten und Zeitungen	46
---	----

#### B) DIE POLITISCHE BILDUNGSAUFGABE AUS DER SICHT DER TAGESZEITUNG 49

I. Liberales Meinungsblatt - Die <i>Neue Zürcher Zeitung</i>	49
--	----

1. Pressefreiheit als Voraussetzung des demokratischen Gemeinwesens	49
---	----

2. Unterrichtung und Gestaltung der Öffentlichkeit	53
--	----

3. Medienwirkung durch Qualitätsanspruch	55
--	----

4. Orientierung am Neoliberalismus	57
------------------------------------	----

II.	<i>Die Frankfurter Allgemeine - Zeitung für Marktwirtschaft</i>	60
1.	Die geschäftliche Basis des marktwirtschaftlichen Gründungsauftrags	60
a)	Gründung durch liberale Publizisten, Unternehmer und Politiker	60
b)	Privatwirtschaftlicher Rückhalt gegen Beeinflussung der Redaktion	67
c)	Marktwirtschaftlicher Gründungsauftrag vor redaktioneller Eigenmächtigkeit	74
d)	Marktwirtschaftliches Bekenntnis und geschäftliche Unabhängigkeit	85
2.	Wissenschaftliche Fundierung und Öffentlichkeitswirkung	87
a)	Leitbild Ordoliberalismus	87
b)	Wirtschaftspolitische Bildung der Öffentlichkeit	91
<b>Zweiter Teil: Der Annäherungsprozeß von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspublizistik im gemeinsamen Kampf um die Marktwirtschaft</b>		95
A)	<b>DIE MARKTWIRTSCHAFT ALS WEG AUS DEM WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN CHAOS</b>	95
I.	Radikale Reform angesichts der wirtschaftlichen Not	95
II.	Alliiertes Druck zur Umgestaltung der deutschen Wirtschaft	97
III.	Das Zusammentreffen alliierter und deutscher Vorstellungen auf dem Weg zur Währungs- und Wirtschaftsreform	100
IV.	Der deutsche Aufstieg durch Währungs- und Wirtschaftsreform	108
V.	Das psychologische Problem der Preiskrise 1948	114
VI.	Die politische Absicherung der Sozialen Marktwirtschaft	119
B)	<b>ERRICHTUNG UND AUSBAU EINER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN ORDNUNG ALS AUFGABE DER NEUEN WIRTSCHAFTSPOLITIK</b>	122
I.	Die Stabilität der Währung	122
II.	Das Zurückdrängen des Staates aus dem Wirtschaftsprozeß	125
1.	Der weitere Abbau der Bewirtschaftung	126
2.	Die Verminderung der Steuerlast	129
3.	Der Aufbau eines leistungsfähigen Kapitalmarktes	131
4.	Die Mißwirtschaft des Unternehmers Staat	135
III.	Effiziente Produktion statt wirtschaftlicher Mitbestimmung	137
IV.	Rüstung nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen	144

	VII
V. Wirtschaftliche Integration statt institutioneller Zusammenschlüsse	150
C) FESTHALTEN AN DER ORDNUNGSPOLITIK IN DEN KRISEN 1950/51	155
I. Strukturelle Arbeitslosigkeit und konsequente Geldpolitik	155
II. Die Verteidigung des marktwirtschaftlichen Prinzips in der Koreakrise	165
1. Warnung vor Überreaktion bei Konsum und Lohnanspruch	166
2. Keine Kriegswirtschaft nach amerikanischem Vorbild	170
3. Deutsche und internationale Ursachen der Zahlungsbilanzkrise	174
4. Kohlenmangel wegen alliierter Auflagen	180
5. Bedrohung europäischer Handelspolitik durch eingeschränkte Liberalisierung	182
6. Zurückweisung der alliierten Forderung nach Bewirtschaftung	188
7. Erhards Verteidigung durch Flucht in die Öffentlichkeit	194
8. Private Grundstoffinvestitionen statt staatliche Lenkung	204
9. Bewährung der Wirtschaftspolitik und Zusammenarbeit mit der Presse	213
D) WETTBEWERBSSICHERUNG ALS GRUNDGESETZ DER MARKTWIRTSCHAFT	217
I. Die allgemeine Forderung nach Wettbewerbsschutz	219
1. Wettbewerb als Kennzeichen der neuen Ordnungspolitik	219
2. Die alliierte Vorgabe zur Beseitigung wirtschaftlicher Macht	223
II. Verbotsgesetz statt Mißbrauchsgesetz	226
1. Kartellgesetzgebung als deutsches Problem	226
2. Gesamtinteresse vor Verbandsinteresse	231
a) Das Ideal des selbstverantwortlichen Unternehmers	231
b) Publizistische Bundesgenossen für das Kartellverbot	235
c) Rechtsschutzverweigerungsprinzip zur Gewinnung der Unternehmer	243
d) Kritik an Erhards Vereinbarungen mit dem BDI	247
e) Wachsender Druck auf die <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>	250
f) Bundesrat für Kartellverbot	252
g) Organisation der Unternehmer für das Kartellverbot und publizistische Gegenaktion des BDI	254
3. Unterstützung des Kartellverbots im Bundestag	261
III. Kampf um die Aufrechterhaltung des Verbotsprinzips	271
1. Fehlender Rückhalt in der Regierungskoalition	272
2. Gegen taktische Blockierung im Rechtsausschuß	278

## VIII

3. Aufbau eines leistungsfähigen Kartellamts	281
IV. Wettbewerbsschutz und Öffentlichkeit	284
1. Kartellverbot als Aufgabe	284
2. Grundsatzdiskussion über Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft	287
E) VORBILD SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT	293
I. Bestätigung in den Bundestagswahlen	293
II. Ermunterung und Ablehnung marktwirtschaftlicher Ansätze der SPD	301
III. "Wirtschaftswunder" und internationale Akzeptanz	313
F) DIE STABILISIERUNG DER HOCHKONJUNKTUR	316
I. Wirtschaftliches Wachstum durch Ordnungspolitik	316
II. Lohnerhöhungen nur bei Produktivitätssteigerungen	320
III. Kombinierte Maßnahmen gegen Konjunkturüberhitzung	326
1. Begrenzte Wirkung von Maßhalteappellen	327
2. Geldpolitik und Zollpolitik gegen Interessentenwünsche	334
<b>Ergebnisse und Ausblick</b>	<b>348</b>
Verzeichnis der wichtigsten Autoren-Chiffren	361
Abkürzungsverzeichnis	362
Ungedruckte Quellen und Zeitungen	364
Gedruckte Quellen und Literatur	366
Namensverzeichnis	389